

aktuell



Bundeskanzler Werner Faymann:

**Mit Millionärssteuer
zu mehr Verteilungs-
gerechtigkeit**

Die SPÖ hat die Herbstarbeit mit einer konstruktiven Arbeitsklausur des Parteipräsidiums am Wiener Kahlenberg begonnen. Ganz oben auf der Agenda stand – entsprechend dem Motto der Klausur „sozial-demokratisch.gerecht“ – die Frage der Verteilungsgerechtigkeit. SPÖ-Parteivorsitzender, Bundeskanzler Werner Faymann präsentierte gemeinsam mit Staatssekretär Andreas Schieder das 5-Punkte-Programm der SPÖ für mehr Verteilungsgerechtigkeit. Kernstück ist eine Millionärssteuer auf Privatvermögen ab einer Million Euro. Gleichzeitig sollen Bezieherinnen und Bezieher mittlerer Einkommen entlastet werden, denn gerade der Mittelstand hat derzeit die höchste Steuerbelastung zu tragen.

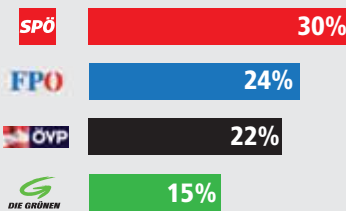
Zu diesem Thema bat „SPÖ Aktuell“ Staatssekretär Schieder zum Interview.

Viel diskutiert wurde in letzter Zeit die Zukunft des Österreichischen Bundesheeres. Verteidigungsminister Norbert Darabos setzt auf Pilotprojekte, um Erfahrungswerte für ein Profi-Heer zu erhalten. Auch ein Fact-Finding-Besuch beim Nachbarn Deutschland, der das Freiwilligenheer bereits umgesetzt hat, lieferte wertvolle Erkenntnisse.

Eure Redaktion

Sonntagsfrage: SPÖ liegt weiterhin deutlich vorn

Abstand zu ÖVP vergrößert - FPÖ und Grüne unverändert



Quelle: profil | Grafik: SPÖ

SPÖ bleibt klare Nummer 1

Bei den Wählerinnen und Wählern bleibt die SPÖ auch weiterhin klare Nummer 1. Wären jetzt Nationalratswahlen, käme die SPÖ laut einer Umfrage der Karmasin Motivforschung auf 30 Prozent. Das bedeutet ein Plus von einem Prozent im Vergleich zur letzten Umfrage, und zeigt, dass die SPÖ mit ihrer Themensetzung genau richtig liegt.



BMUK

Freut sich über „bestes Zeugnis“ für die NMS:
Bildungsministerin Claudia Schmied.

Bestnoten für die Neue Mittelschule

Die Neue Mittelschule (NMS) ist ein Renner: Das zeigt eine aktuelle IFES-Umfrage unter 500 Eltern. Drei Viertel der befragten Eltern sind mit der NMS hoch zufrieden und 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler gehen gerne in diese moderne Leistungsschule mit neuer Lernkultur.



PVÖ

PVÖ-Präsident Karl Blecha kämpft mit voller Kraft für die Anliegen von Österreichs Seniorinnen und Senioren.

PVÖ: Stark und entschlossen in den Herbst

Der Pensionistenverband Österreichs (PVÖ) startet mit klaren Forderungen für die ältere Generation in die politische Herbstarbeit. Ganz oben steht dabei die Wertsicherung der Pensionen, die volle Teuerungsabgeltung in Höhe von 2,7 Prozent. „Die Pensionisten brauchen den Erhalt ihrer Kaufkraft. Die Pensionen sind kein ‚Geschenk‘ des Staates, die Menschen zahlen ein Leben lang Beiträge dafür“, betont PVÖ-Präsident Karl Blecha. Ein weiterer Schwerpunkt im Herbst wird der Kampf gegen die Teuerung sein. Hier appelliert Blecha an Wirtschaftsminister Mitterlehner sofort auf die ausufernden Preissteigerungen zu reagieren. Die weiteren Forderungen des PVÖ sind unter anderem: Rechtsanspruch auf Rehabilitation für Pensionistinnen und Pensionisten und Verhandlungen über den Pensionssicherungsbeitrag.

Zitat der Woche

„Wenn man keine Atomstrom-Importe will, dann muss man bei der Kennzeichnung beginnen.“

Bundeskanzler Werner Faymann



Kurt Bayer von der Osteuropabank EBRD schreibt in einem Gastkommentar für „Österreich 2020“ über die vermeintliche Euro-Krise und die Wirtschaftspolitik der Eurozone. Er plädiert für eine stärkere Koordinierung der Fiskal- und Wirtschaftspolitik der EU..... Seite14

E-Medikation wird fortgesetzt

Das Gesundheitsministerium, der Hauptverband der Sozialversicherungen und die Ärztekammer sitzen wieder an einem Tisch. Die Österreichische Ärztekammer hatte im Sommer wegen offener Fragen zur Software für die E-Medikation angekündigt, aus dem Projekt aussteigen zu wollen. Jetzt hat ihr Vorstand eine Empfehlung an die Ärzte beschlossen, wieder am Pilotprojekt mitzuarbeiten. Die von der Ärztekammer geforderten rechtlichen Bedin-

gungen seien durch die Zusage von Gesundheitsminister Alois Stöger und das Gutachten der Finanzprokuratur erfüllt. Mit der E-Medikation werden vom Arzt verordnete oder vom Apotheker rezeptfrei erhaltene Medikamente mittels e-Card elektronisch erfasst, um Mehrfachverordnungen und Wechselwirkungen zu vermeiden. Alle Partner sind sich einig, dass die E-Medikation eine sinnvolle Maßnahme für die Patienten darstellt.



Bilderbox

Eine gute Entscheidung im Sinne der Patientinnen und Patienten: Das Projekt E-Medikation wird fortgeführt, um die Sicherheit bei der Einnahme von Arzneien zu erhöhen.



Schwarz-blaue Märchenstunde

Der Sommer geht zu Ende und mit ihm das Märchen der schwarz-blauen Heldentaten. Etliche Skandale aus dieser Regierungszeit haben das Sommerloch gefüllt und im Vertrauen der Menschen in die Politik ihre Spuren hinterlassen.

Beinahe wöchentlich platzt mittlerweile eine neue Korruptions-Bombe. Das Misstrauen und die Ablehnung von tausenden Österreicherinnen und Österreicher gegenüber Schwarz-Blau wurde erneut bestätigt. Wolfgang Schüssel hat durch die Koalition mit der FPÖ ein Tabu gebrochen und auch eine Ära des Selbstbedingungs-ladens eingeläutet.

Damit wurde jedoch nicht nur ein finanzieller Schaden verursacht, sondern vor allem die Glaubwürdigkeit der Politik und das Vertrauen der Menschen in die Demokratie zerstört. Noch nie zuvor hat sich die Bevölkerung so wenig für Politik interessiert, wie Umfragen der letzten Tage belegen. Diese Nachwehen werden vermutlich noch lange zu spüren sein.

Umso wichtiger ist es, rasch Klarheit zu schaffen und den Korruptionssumpf trocken zu legen. Denn mittlerweile gilt für fast die gesamte damalige Regierungsmannschaft „die Unschuldsvermutung“. Mit der Aufarbeitung der Skandale werden auch in Zukunft noch Heerscharen von Anwälten, Staatsanwälten und Richtern beschäftigt sein.

Ex-FPÖ-Vizekanzler Gorbach – auch bekannt durch seinen „The world in Vorarlberg ist too small“-Sager – steht im Verdacht, 2007 für eine im Sinn der Telekom erfolgten Verordnung 264.000 Euro erhalten zu haben.

Im Rahmen der Buwog-Privatisierung 2004 stehen Ex-FPÖ-Finanzminister Karl-Heinz Grasser sowie Ex-FPÖ-Generalsekretär Walter Meischberger im Verdacht der Untreue. Es soll illegale Absprachen und Provisionszahlungen in der Höhe von 9,6 Millionen Euro gegeben haben. Meischberger ist bereits wegen Anstiftung zur Steuerhinterziehung verurteilt. Auch Grassers Freund Hohegger war mit von der Partie – im Zuge der Privatisierung der Telekom 2004 sollen ca. 6 Millionen Euro an seine Agentur geflossen sein.

Auf Initiative von Jörg Haider wurden zwei russische Investoren eingebürgert. Im Gegenzug gab es Sponsoring für die Formel 1; 190.000 Euro steckte Haider dabei in die eigene Tasche. Natürlich gilt für alle oben Genannten die Unschuldsvermutung.

Blaue Skandal-Beteiligung

Derzeit versucht jedoch die Strache-FPÖ von den schwarz-blauen Skandalen abzulenken und sich aus der Verantwortung zu



Tausende Menschen gegen das System Schwarz-Blau

stehlen. Doch diese Kindesweglegung wird nicht funktionieren, denn viele führende FPÖ-Politiker von heute waren auch schon damals in entscheidenden Positionen. Martin Graf, Gerhard Kurzmann, Barbara Rosenkranz und Uwe Scheuch, damals noch Ex-FPÖ-Generalsekretär – sie alle waren während der schwarz-blauen Regierung im Nationalrat tätig. Strache selbst war schon ab 2004 Bundesobmann-Stellvertreter der FPÖ und damit in die politischen Entscheidungsprozesse eingebunden.

Es wird also Zeit, die FPÖ in Verantwortung zu nehmen. Eine Trennlinie zwischen „alter“ und „neuer“ FPÖ gibt es nicht. Die FPÖ hat schon in der Vergangenheit unter Beweis gestellt, dass sie nicht regierungsfähig ist und sie tut es auch heute weiter. Trotz

„Seitens der SPÖ gibt es dieses klare Nein zu einer Koalition mit der FPÖ.“

all dieser Skandale, dem rechtsradikalen Personal und der laufenden Hetze hätte die ÖVP weiterhin keine Skrupel, wieder mit der FPÖ zu regieren. Ein klares Bekenntnis gegen eine Regierung mit der FPÖ wäre ein wichtiger Schritt um eine Lehre aus der Vergangenheit zu ziehen.

Seitens der SPÖ gibt es dieses klare Nein zu einer Koalition mit der FPÖ. Für uns ist es wichtig, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen und zu stärken. Deswegen müssen alle Skandale rasch und lückenlos aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir sind in der Regierung, um Verbesserung für jeden Einzelnen zu erreichen und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Als starke und selbstbewusste SPÖ gehen wir deshalb den Weg für mehr Verteilungsgerechtigkeit weiter. Ein 5-Punkte-Programm wurde mit dem Kernstück einer „Millionärsteuer“ vorgelegt. Es geht darum, von den reichsten 80.000 Österreichern – den reichsten 1 Prozent der Bevölkerung – einen fairen Beitrag zur Gesellschaft zu bekommen. Wir werden das Thema selbstbewusst weitertragen, wir werden Überzeugungsarbeit leisten, bis wir mehr Verteilungsgerechtigkeit erreicht haben. Denn mit mehr Gerechtigkeit wird auch das Vertrauen in die Politik und in die Demokratie wieder steigen. ♦

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



STEUERN

Millionärssteuer, die

SPÖ-Chef, Bundeskanzler Werner Faymann hat ein 5-Punkte-Programm für vermögensbezogene Steuern und zur Entlastung des Faktors Arbeit vorgelegt. Kern des Programms: Eine Millionärssteuer für die reichsten 1 Prozent in Österreich.



Lehmann

Die SPÖ kämpft für mehr Verteilungsgerechtigkeit – Kanzler Werner Faymann und die SPÖ-Spitze bei der Präsidiumsklausur am Kahlenberg in Wien.

In Österreich gibt es rund 80.000 Euro-Millionäre – das ist der Personenkreis, der von der Vermögenssteuer, wie die SPÖ sie vorschlägt, betroffen wäre. Konkret sollen Vermögen ab 1 Million Euro mit

einem niedrigen Steuersatz (zwischen 0,3 und 0,7 Prozent) besteuert werden. Wichtig: Es geht um Privatvermögen, Betriebe sind ausgenommen. Und die Steuer gilt nur für die Vermögensteile ÜBER 1 Million. Wer also ein Vermögen von 1,2 Millionen Euro besitzt, würde nach dem SPÖ-Modell Vermögenssteuer für 200.000 Euro zahlen.

- Zehn Prozent der Bevölkerung besitzen 61 Prozent aller Immobilien im Land.
- Das reichste 1 (!) Prozent der Haushalte besitzt 27 Prozent des gesamten Geldvermögens.
- Die Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern betragen bei uns nur 1,3 Prozent des BIP – der OECD-Durchschnitt beträgt 5,6 Prozent.

HINTERGRUND

Verteilungsgerechtigkeit – Was die SPÖ schon erreicht hat

Schon bei der Budgetkonsolidierung 2010 hat die SPÖ vermögensbezogene Elemente im Steuersystem durchgesetzt:

1. Bankenabgabe
2. Einschränkung von Stiftungsprivilegien
3. Vermögenszuwachssteuer (Wertpapier-KEST)
4. Änderungen bei der Konzernbesteuerung
5. Verschärfte Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung

„Häuslbauer“ nicht betroffen

Der hohe Freibetrag garantiert, dass die „Häuslbauer“ oder Besitzer einer Eigentumswohnung nicht betroffen sind, auch der Hausrat oder die geerbte Perlenkette werden die Finanz nicht interessieren. Im Fokus sind riesige Immobilien- und Geldvermögen. Und diese gibt es in Österreich in gar nicht so kleinem Ausmaß, wie die Statistiken zeigen. Auch die Konzentration der Vermögen nimmt zu, d.h. die Reichen werden – trotz Krise – reicher:

„Diese Schieflage darf in unserem Land nicht auf alle Ewigkeit einzementiert bleiben“, betonte Werner Faymann bei der SPÖ-Präsidiumsklausur. Ziel ist, das „ungerechte und unfaire“ Auseinanderklaffen von Arm und Reich auszugleichen – „dem kann man nicht einfach nur mit einem Achselzucken begegnen“, so der Kanzler.

Die Millionärssteuer ist aber nur ein Punkt eines Programms, mit dem die SPÖ mehr Gerechtigkeit ins Steuersystem bringen will. Bei der Arbeitsklausur des SPÖ-Präsidiums am Wiener Kahlenberg präsen-

die Reichsten trifft

tierte Bundeskanzler Werner Faymann gemeinsam mit Finanz-Staatssekretär Andreas Schieder ein „5-Punkte-Programm zu vermögensbezogenen Steuern und zur Entlastung des Faktors Arbeit“.

1. Finanztransaktionssteuer (FTS)

Sie besteuert alle Transaktionen von Wertpapieren. Ziel ist eine FTS, im ersten Schritt in der Euro-Zone. Nach anfänglichem Widerstand sind jetzt die meisten der EU-Staaten für diese Steuer. Auch die EU-Kommission hat sie in ihrem Budget-Entwurf.

2. Managergehälter und Boni – Begrenzung der Absetzbarkeit

Der Teil der Jahresbezüge, der 500.000 Euro pro Empfänger überschreitet, soll nicht mehr als Betriebsausgabe steuerlich abgesetzt werden können.

3. Reform der Gruppenbesteuerung

Konzerne und Banken können Verluste von Auslandstöchtern im Inland steuerlich abschreiben. Diese Möglichkeit soll, auf drei Jahre begrenzt werden.

4. Millionärssteuer

Privatvermögen sollen ab 1 Million Euro mit einem geringen Steuersatz besteuert werden. Betroffen sind 1 Prozent der Reichsten, rund 80.000 Personen. Betriebe sind ausgenommen, Häuslbauer auch nicht betroffen.

5. Entlastung der mittleren Einkommen

Im Gegenzug zur Millionärssteuer sollen die mittleren Einkommen steuerlich entlastet werden. Auch die OECD empfiehlt, die Steuerlast weg von Arbeit hin zu Vermögen zu verschieben. Innerhalb der Koalition soll die Frage nach mehr Verteilungsgerechtigkeit in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aufgearbeitet werden, die für die SPÖ von Finanzstaatssekretär Andras Schieder geleitet und mit Experten beschiedigt wird. ♦

INTERVIEW

„Mehr als ein symbolischer Beitrag“

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder im „SPÖ Aktuell“-Interview über Ausgestaltung und Einnahmen der Millionärssteuer.

„SPÖ Aktuell“: Die SPÖ fordert eine Millionärssteuer für private Vermögen. Muss der Hausbesitzer, der vielleicht zusätzlich ein größeres Auto, ein paar Orientteppiche und ein bisschen Erbschmuck besitzt, fürchten, dass er künftig auch diese Vermögenssteuer berappen muss?

Andreas Schieder: Nein. Wir haben bisher schon immer ganz klar dargelegt, dass es Ausnahmen von der Steuerpflicht geben wird. Ausgenommen ist Hausrat – also Schmuck, Möbel, Geschirr etc. Klar ist, dass die erste Million des Vermögens steuerfrei ist.

Muss man nicht damit rechnen, dass die Reichen ihr Vermögen einfach ins Ausland verlagern?

Schieder: Die Diskussion um einen gerechten Beitrag der Vermögenden wird derzeit nicht nur in Österreich geführt, auch in Deutschland, den USA und Frankreich mehren sich die Stimmen der Vermögenden, die bereit sind, ihren Beitrag zu sozialer Sicherheit und einem hohen Lebensstandard in ihrem jeweiligen Land beizutragen. Gerade in Österreich ist es aber von besonderer Bedeutung, weil vermögensbezogene Abgaben in Österreich weit unter dem Schnitt der OECD-Länder liegen.

Wenn diese Steuer nur die Reichsten zahlen sollen – bringt das dann überhaupt etwas für das Budget oder ist das mehr ein symbolischer Beitrag?



„Die mittleren Einkommen entlasten“ will Staatssekretär Andreas Schieder

Schieder: Laut dem Sozialbericht besitzt das reichste Prozent der Österreicher rund 34 Prozent des Gesamtvermögens an Finanz- und Immobilienwerten. Das Vermögen der 100 reichsten Österreicherinnen und Österreicher betrug 2010 rund 96 Milliarden Euro. Selbst bei einem niedrigen Steuersatz wäre die Steuer also deutlich mehr als ein symbolischer Beitrag.

Im Gegenzug will die SPÖ den Faktor Arbeit entlasten. Welche Einkommensgruppen können mit einer Entlastung rechnen?

Schieder: Wir wollen die Steuerlast für die mittleren Einkommen verringern. Die SPÖ richtet dabei den Fokus auf Einkommen zwischen 2.000 und 4.500 Euro brutto, denn hier ist die Belastung aktuell am höchsten. ♦

EUROPA

Österreich braucht stabile Euro-Zone

Die österreichische Regierung steht zum Euro-Hilfspaket für Griechenland, das an Bedingungen geknüpft ist. Eine Pleite des Landes könnte für Österreich um einiges teurer werden als die Beteiligung am Rettungsschirm.



Lostage für Griechenland – Kann das Land die EU-Bedingungen für den Rettungsschirm erfüllen?

Faktum ist: Eine stabile Währung, ein stabiler Handel und eine stabile Euro-Zone sind im vitalen Interesse

aus EU, Europäischer Zentralbank (EZB) und Währungsfonds (IWF) in den nächsten Tagen prüfen.

Österreichs, dessen Wirtschaft stark vom Export abhängt. Die Stabilität der Euro-Zone ist aber auch von ihren schwächsten Gliedern abhängig, machte Bundeskanzler Werner Faymann deutlich. Deshalb setzt man auch weiter auf den Rettungsschirm für Griechenland, der freilich von Bedingungen abhängig ist. Ob Griechenland diese Bedingungen für die Auszahlung schon beschlossener Hilfgelder erfüllt, wird eine „Troika“

Angesichts beunruhigender Nachrichten aus Griechenland hat die FPD in Deutschland eine Debatte um eine mögliche geordnete Insolvenz Griechenlands begonnen. Kanzler Werner Faymann machte dazu deutlich, dass eine Insolvenz nicht bedeute, „dass es uns nichts kostet. Wir haben auf jeden Fall Vor- und Nachteile für Österreich abzuwägen“. Berechnungen des Finanzministeriums sprechen von Kosten von 40 Milliarden Euro durch eine Pleite Griechenlands – 5 Milliarden direkt, der Rest durch indirekte Schäden wie Exportrückgang oder Kosten für Banken. Man hoffe in der EU, so Faymann, dass Griechenland die gestellten Bedingungen für das Hilfspaket erfüllt. „Wir warten nun den Bericht der Troika ab. Auf dessen Basis werden wir weiter beraten und uns mit größter Sorgfalt auf alle Eventualitäten vorbereiten“, so der Regierungschef. ♦

BILDUNG

OECD bestätigt: Schulreformen wirken

Österreich ist Weltmeister bei der beruflichen höheren Bildung. Und auch bei den Klassengrößen und beim Schüler-Lehrer-Verhältnis liegen wir besser als der OECD-Schnitt. Das sind die erfreulichen Ergebnisse einer aktuellen OECD-Bildungsstudie.

Die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2011“ liefert grundlegende Daten zu den Bildungssystemen der OECD-Länder. Und sie bringt Rückenwind für die von Bildungsministerin Claudia Schmied initiierten Schulreformen. Nach einer Analyse der Österreich-Daten betonte die Ministerin, dass die „OECD-Studie die Bildungsreform bestätigt“. Die Resultate zeigen, dass „viele der Bildungsreformen jetzt im Klassenzimmer ankommen“, sagte die Ministerin. Besonders gut liegt Österreich bei der beruflichen höheren Bildung: Über 77 Prozent der Schülerinnen und Schüler besuchen eine Schule mit beruflicher Orientierung (z.B. HAK, HTL oder Lehre). Damit ist Österreich „Weltmeister bei den berufsbildenden Schulen“. Für Ministerin Schmied ist das „ein we-

sentlicher Faktor für die niedrige Jugendarbeitslosigkeit“.

Kleinere Klassen – besseres Betreuungsverhältnis

Deutlich besser als der OECD-Schnitt liegt Österreich auch bei der durchschnittlichen Schülerzahl pro Klasse und beim Betreuungsverhältnis. Zum Vergleich: In der Volksschule liegt die durchschnittliche Klassengröße bei 18,8 Kindern (OECD-Schnitt 21,4) und im Sekundarbereich I (Hauptschule, AHS-Unterstufe, NMS) bei 22,4 (OECD-Schnitt 23,5). Das zeigt: Eine weitere wichtige Bildungsreform ist in den Klassenzimmer angekommen – und sorgt für bessere Unterrichtsqualität, mehr Aufmerksamkeit und mehr Förderung für jedes Kind.



Österreich ist dank eines bestens ausgebauten beruflich orientierten Bildungssystems Weltspitze bei der beruflichen höheren Bildung – das bestätigt die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2011“.

BUNDESHEER

Die Zukunft beginnt 2012

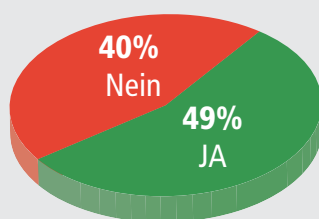
Verteidigungsminister Norbert Darabos treibt die Professionalisierung des Österreichischen Bundesheeres voran. Pilotprojekte sollen dafür wertvolle Erfahrungswerte liefern.



Fact-Finding in Deutschland: Verteidigungsminister Norbert Darabos erkundet, wie die Bundeswehr um Nachwuchs wirbt.

sich mit 1. März 2011 vom Zwangsdienst verabschiedet. Von besonderem Interesse sind für den Minister vor allem die Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung. Darum nutze er einen Arbeitsbesuch bei seinem deutschen Kollegen Thomas de Maiziére, um sich das „Zentrum für Nachwuchsgewinnung OST“ anzusehen. „Es wird in Deutschland sehr professionell daran gearbeitet, genügend Profis zum Heer zu bringen. Man kann sich sicher einiges abschauen“, zieht Darabos Bilanz. 400 Berater werben für die Bundeswehr vor Schulen, bei Sportvereinen aber auch im Internet und über Facebook. Mit Erfolg, wie der zuständige General Manfred Schlenker bestätigt: „Die militärische Personalgewinnung läuft gut.“ Das unterstreicht auch Verteidigungsminister de Maiziére: „Ich gehe davon aus, dass wir auch in den kommenden Jahren genug Freiwillige und Zeitsoldaten bekommen“.

Sind Sie für ein Ende der Wehrpflicht in Österreich?



Jüngste Umfragen zeigen: Ein Ende der Wehrpflicht stößt auf breite Zustimmung.

Wie kann das Österreichische Bundesheer ohne zwangsverpflichtete Präsenzdiener funktionieren? Kann das überhaupt funktionieren? Dieser Frage wird ab 2012 in der Praxis auf den Grund gegangen. „Ich glaube, dass wir mit einem Freiwilligen- und Profiheer die gleichen Aufgaben besser bewältigen als im bisherigen System. Wenn schon der Koalitionspartner nicht einlenkt, wollen wir mit einem Pilotprojekt zeigen, dass es möglich ist, eine freiwillige Berufsarmee zu etablieren“, so Verteidigungs-

minister Norbert Darabos. Mit drei Pilotprojekten will er die Probe aufs Exempel machen: Eine Milizkompanie soll nach dem Darabos-Modell aufgestellt, mehrere Bundesheer-Liegenschaften ohne Präsenzdiener betrieben und ein „Musterverband“, der nur aus Berufs- und Zeitsoldaten besteht, aus der Taufe gehoben werden. Aus Sicht des Ministers sind diese Pilotprojekte ein erster Schritt, um weitere Erfahrungswerte zur Thematik zu gewinnen. „Damit tragen wir einerseits den neuen Herausforderungen Rechnung, andererseits wird die Empfehlung der Bundesheerreformkommission – die Gliederung des Bundesheeres so zu gestalten, dass spätere Entwicklungen wie etwa die Aussetzung der Wehrpflicht und die Umstellung auf ein Freiwilligenheer möglich sind – weiterverfolgt“, so Darabos.

Fact-Finding-Mission in Deutschland

Zu Nutzen machen will sich Darabos auch die Erfahrungen, die die deutsche Bundeswehr seit der Abschaffung der Wehrpflicht gesammelt hat. Unsere Nachbarn haben

INFO

Die Pilotprojekte auf einen Blick

1. Freiwilligenmiliz

Die Miliz soll attraktiver gestaltet und ihre Qualität anhand des Modells eines Freiwilligenheeres angehoben werden. Als Anreiz ist eine Prämie von 5.000 Euro vorgesehen. Pro Jahr sollen die Milizionäre zwei Wochen lang Übungen absolvieren.

2. Weniger Systemerhalter

Militärische Einrichtungen und Einheiten sollen ohne Präsenzdiener betrieben werden. Betroffen sind davon in erster Linie Wachen, Küchen, aber auch das Ministerium selbst.

3. Professionellere Verbände

Ein „Musterverband“ wird aufgestellt, der komplett aus Berufs- und Zeitsoldaten besteht. Er soll sich auf Kernaufgaben konzentrieren und so höhere und raschere Einsatzbereitschaft erreichen.

TELEKOM AUSTRIA

„Droht feindliche Übernahme?“

Der zweitgrößte Telekom Austria-Aktionär, „Capital Research and Management Company“, ein amerikanischer Investmentfond, soll in den letzten Tagen an die 15 Prozent der Aktien verkauft haben.

Trotz der Nichtdeklaration des Käufers der Capital-Anteile könnte ein feindlicher Investor insgesamt bereits 15-20 Prozent der Telekom Austria (TA) besitzen. Erhöhte Handelsvolumina der TA-Aktie an der Börse, begünstigt durch den niedrigen Aktienkurs, verschärfen die Situation. Ein potentiell feindlicher Investor könnte bald über mehr Anteile als der Hauptaktionär ÖIAG mit seinen 28,42 Prozent verfügen“, erläutert SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. Die unterbliebene Meldung nach Börsengesetz über bedeutende Aktienkäufe sei nicht beruhigend, bekanntlich gäbe es eine ganze Reihe von Möglichkeiten für rechtswidrige Umgehungskonstruktionen.

Die Folgen des Verlustes der Aktienmehrheit der Republik Österreich an der TA wären dramatisch, sowohl volkswirt-



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter warnt eindringlich vor möglichen Gefahren einer feindlichen Übernahme der Telekom Austria.

schaftlich für den Wirtschaftsstandort und heimische Arbeitsplätze, als auch staatspolitisch, immerhin stünde letztendlich die sensible Telekommunikationsinfrastruktur technisch unter ausländischer Kontrolle.

Kräuter fordert daher: „Erstens muss zur Korrektur der völlig verantwortungslosen Privatisierungsforderungen von ÖVP-Klubobmann Kopf und IV-Präsident Sorger entsprechend dem Regierungsabkommen ein klares Bekenntnis der Politik für die Telekom unter staatlicher Kontrollhoheit erfolgen. Zweitens ist eine Änderung des sich selbst erneuernden Aufsichtsrates der ÖIAG dringend erforderlich, das schwarz-blaue Modell hat auf allen Ebenen vollständig versagt. Drittens müssen sofort Strategien zur Verhinderung einer möglichen feindlichen Übernahme der TA entwickelt werden.“

MEDIENSYMPOSIUM

Pressefreiheit als Garant für Rechtsstaat und Demokratie

Medienstaatssekretär Josef Ostermayer unterstrich beim ersten chinesisch-österreichischen Mediensymposium die Bedeutung der Pressefreiheit.

Um der journalistischen Verantwortung – Informationen zu hinterfragen und zur freien Meinungsäußerung beizutragen – nachkommen zu können, sei es „von wesentlicher Bedeutung, dass Journalistinnen und Journalisten als vierte Macht im Staat ihren Aufgaben ohne Druck von außen nachgehen können. Dazu gehört auch, dass Informationsquellen geschützt werden“, betonte Ostermayer. Journalisten bezeichnet er als „Wegbereiter des Verstehens und der Verständigung zwischen zwei Staaten und zwei Systemen“. An der Veranstaltung nahm der Vizeminister des Informationsbüros der Volksrepublik, Wang Zhongwei teil, den der Staatssekretär im Vorfeld zu einem Arbeitsgespräch empfing.

Medienstaatssekretär Josef Ostermayer eröffnete das Symposium anlässlich „40 Jahre diplomatische Beziehungen China – Österreich“.



MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Jobvermittlungskampagne: „Meine Chance – Ihr Nutzen“

„Das große Ziel der Kampagne ist es, die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung zu forcieren“, erklärt Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

Unter dem Titel „Meine Chance – Ihr Nutzen“ hat das Bundessozialamt gemeinsam mit dem AMS und mit der Unterstützung des Wirtschaftsministeriums, des ORF und der Sozialpartner eine Jobvermittlungskampagne für Menschen mit Behinderung gestartet. Denn: „Arbeit und ein eigenes Einkommen sind essentiell für ein selbstbestimmtes Leben“, betont Ulrike Königsberger-Ludwig, SPÖ-Bereichssprecherin für Menschen mit Behinderung. Die Kampagne läuft bis Anfang Oktober als Werbespot im ORF und Radio. Weitere Informationen finden sich online auf www.arbeitundbehinderung.at.



Das Ziel von „Meine Chance – Ihr Nutzen“: Aufmerksam machen, informieren sowie Barrieren und Informationsdefizite abbauen.

Sachbuch I

Zahlen bitte!

Welche Lehren zieht die Politik aus der Krise? Auf Basis neuester Studien gibt der Wirtschaftsforscher Markus Marterbauer eine präzise Anleitung zum politischen Handeln.

Marterbauer gilt als einer der renommiertesten Wirtschaftsforscher Österreichs. Seit 2011 leitet er die Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien. In seinem neuesten Buch zeigt Marterbauer, dass sich die weltweit zunehmende Ungleichheit in der Verteilung von Vermögen und Einkommen, einer der Hauptauslöser der Finanzkrise, weiter zu verschärfen droht, wenn wir nicht rasch an Gegenmaßnahmen arbeiten. Er

fordert in erster Linie das Primat der Politik ein, um eine nachhaltige Änderung des Systems zu erreichen und um zu verhindern, dass wir noch lange für die Krise zahlen und an ihren Auswirkungen leiden. In seiner präzisen Anleitung zum politischen Handeln setzt sich Marterbauer für eine aktive Verteilungspolitik, die Verkleinerung des Finanzsektors, die Eindämmung der Staatsschulden sowie das Bekenntnis zu einem starken Sozialstaat ein. ◆

☐ Stk.


Markus Marterbauer:
Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle.
Deuticke, Wien 2011;
256 S., 18,40 €

Sachbuch II

Europa und der 11. September 2001

Vor 10 Jahren erschütterten die Terroranschläge auf die USA die Welt. Dieses Buch unternimmt einen Rückblick auf die darauf folgenden Reaktionen in Europa.

Die Terroranschläge von New York und Washington haben sich auch auf Europa in vielfacher Weise ausgewirkt. Wie hat man in Europa auf die Terroranschläge reagiert, wie wurden sie wahrgenommen und gedeutet und welche politischen Konsequenzen haben sich daraus ergeben? Diesen Fragen gehen die Zeitgeschichtedozentin Margit Reiter und die Geschichteprofessorin Helga Embacher mit weiteren interessanten Autorinnen und Autoren in ihren

Beiträgen über Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Polen und Österreich exemplarisch nach. Die Debatten über den Irakkrieg und das damit einhergehende brüchige Verhältnis zwischen Europa und den USA werden ebenso beleuchtet wie 9/11 als Medienereignis. Thematisiert werden auch die Kontroversen über Amerikakritik und Antiamerikanismus einerseits sowie über Terror, Sicherheit und Islam(feindlichkeit) andererseits. ◆

☐ Stk.


M. Reiter, H. Embacher (Hg.):
Europa und der 11. September 2001.
Böhlau Verlag, Wien 2011;
281 S., 29,90 €

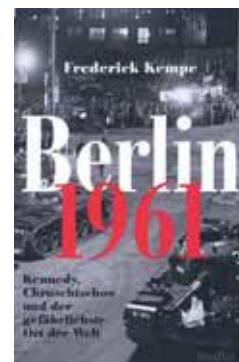
Sachbuch III

Berlin 1961

Kennedy, Chruschtschow, Mauerbau - das Buch bietet einen tiefen Einblick hinter die Kulissen der treibenden Mächte und eine faszinierende Darstellung der wichtigsten Protagonisten jener Zeit.

Frederick Kempe erzählt auf Basis neu zugänglicher Dokumente die atemberaubende Geschichte, in dem Berlin der „gefährlichste Ort der Welt“ war, wie Nikita Chruschtschow meinte. Denn im Juni 1961 erneuerte der sowjetische Regierungschef sein Berlin-Ultimatum und forderte unter anderem den Abzug der westalliierten Truppen aus der Stadt. Die USA unter ihrem Präsidenten John F. Kennedy hielten diesen Forderungen eigene Bedingungen

entgegen. In den folgenden Wochen und Monaten spitzte sich die Situation extrem zu, die Massenflucht aus der DDR nahm immer dramatischere Ausmaße an. Am 13. August schließlich wurde die Mauer durch Berlin gebaut, Ende Oktober richteten sowjetische und amerikanische Soldaten am Checkpoint Charlie ihre Panzer aufeinander. In diesem Moment war Berlin zur weltpolitischen Arena geworden, aus dem Kalten Krieg drohte ein heißer zu werden. ◆

☐ Stk.


Frederick Kempe:
Berlin 1961. Kennedy, Chruschtschow und der gefährlichste Ort der Welt.
Siedler Verlag, München 2011;
672 S., 30,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

TELEKOM-AFFÄRE

SPÖ fordert lückenlose Aufklärung

In der Sondersitzung des Nationalrates zur Telekom-Affäre hat die SPÖ ihre Position erneut deutlich dargelegt: Der schwarz-blaue Korruptionssumpf muss lückenlos aufgeklärt werden.

„Wir werden Transparenz im Lobbyistenschwungel schaffen.“

SPÖ-Klubobmann Josef Cap

Die SPÖ spricht sich für einen Untersuchungsausschuss zur Causa Telekom aus. „Ich bin geradezu überzeugt, dass er kommen wird müssen“, betont etwa SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim sagte dazu, dass der U-Ausschuss jedenfalls nicht so laufen dürfe, „dass sich von 20 Leuten 19 der Aussage entschlagen, mit dem Hinweis, dass gerade ein Strafverfahren gegen sie läuft“. Gegen das „Korruptionskarussell, bei dem immer wieder die gleichen Personen in Erscheinung getreten sind und sich am Eigentum aller Österreicher vergriffen haben“, will SPÖ-Rechnungshofsprecherin



Bei der Sondersitzung forderten die SPÖ-Abgeordneten rasche Aufklärung der Telekom-Affäre und wollen wirksame, schärfere Mittel gegen Korruption.

Christine Lapp eine Ausweitung der Prüfkompentzen des Rechnungshofes und die generelle Schaffung von Antikorruptionsstellen in Unternehmen. Josef Cap unterstreicht: „Wir werden Transparenz im Lob-

byistenschwungel schaffen, die Unvereinbarkeitsregelungen verschärfen und die Korruptionsstaatsanwaltschaft stärken.“

FPÖ kann sich nicht herausreden

SPÖ-Klubobmann Josef Cap sieht die FPÖ gefordert, die Missstände aus der Zeit ihrer Regierungsbeteiligung aufzuklären. Sie sei im Jahr 2000 mit dem Anspruch angetreten, die „Anständigen und Tüchtigen“ zu vertreten – was kläglich scheiterte. „Heute müssen wir den Scherbenhaufen aufarbeiten“, so Cap, der in diesem Zusammenhang an die Vorgänge rund um die Hypo Alpe Adria in Kärnten erinnert. Da Strache bereits im Jahr 2004 im FPÖ-Vorstand war, sei es schlicht unglaublich, wenn die FPÖ erklärt, dass sie die Zahlung von 200.000 Euro von der Telekom an die FPÖ nicht innerparteilich aufklären könne, so Cap. ♦

GENDER GAP

Extra-Lohnrunden für Frauen

Breite Unterstützung für die Idee, mittels Extra-Lohnrunden die Einkommensschere zu verringern, ernennt FSG-Vorsitzender und SPÖ-Abgeordneter Wolfgang Katzian.

Katzian schlägt vor, dass im Rahmen von Sonder-Kollektivvertrags (KV)-Runden die Ursachen für Lohndifferenzen von den Sozialpartnern analysiert und gezielte Gegenmaßnahmen gesetzt werden könnten. Ein Vorschlag, dem SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm viel abgewinnen kann. Wurm konkretisiert: „Ein Sockelbetrag, um die untersten Löhne zu erhöhen und dann noch die prozentuelle Abgeltung im Sinne der Inflation, das wäre sicher zu begrüßen.“ Katzian schwebt vor, dass die Sonder-KV-Runden etwa dreimal in zehn Jahren neben den normalen KV-Runden stattfinden können. ♦



Kaufmann

SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm begrüßt den Vorschlag von FSG-Chef Wolfgang Katzian, bei KV-Verhandlungen Frauen-einkommen anzuheben.

UNIVERSITÄTEN

Keine Hürden für höhere Bildung

Mit der SPÖ wird es keine Studiengebühren und keine neuen Zugangsbeschränkungen geben. Das stellte SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl einmal mehr klar.

Wissenschaftsminister Töchterle hatte via ORF-„Pressestunde“ vorgeschlagen, dass die Universitäten selbst Gebühren bis zu 500 Euro einheben könnten. Das lehnt Kuntzl jedoch ab. „Unser Anliegen bleibt unverändert. Wir wollen keine Hürden für die höhere Bildung einführen“, sagte Kuntzl gegenüber der Tageszeitung „Die Presse“. Auch Zugangsbeschränkungen kommen für Kuntzl nicht in Frage. Vielmehr gelte es, die Evaluierung der Studieneingangsphase abzuwarten. ♦



Rigaud

Anstatt über eine Beschränkung des Zugangs zu reden, will Kuntzl über Ausbaunotwendigkeiten nachdenken.



INTERNET

„Blogger aller Länder...?“

Die SPÖ-Parlamentsfraktion präsentierte ein Positionspapier für eine progressive Netzpolitik.

Auf Initiative von SPÖ-Kultursprecherin Sonja Ablinger hat die SPÖ-Parlamentsfraktion in Kooperation mit Expertinnen und Experten ein Positionspapier für eine progressive Netzpolitik erarbeitet, das nun der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Das Papier geht davon aus, dass der Anbindung an das Internet im 21. Jahrhundert eine zentrale Bedeutung zukommt. Durch das Internet und die neuen technischen Möglichkeiten werden neue Formen der Teilhabe und Teilnahme geschaffen.

Das Papier positioniert die SPÖ bei wesentlichen Fragen im Bereich der Netzpolitik. Es fordert, den öffentlichen Versorgungsauftrag neu zu formulieren und die Versorgungssicherheit mit leistbaren Breitbandinternet-Technologien als Aufgabe der öffentlichen Hand zu definieren. Denn nie war es einfacher, Menschen und ihr Wissen zusammenzubringen und zu ver-



SPÖ-Kultursprecherin Sonja Ablinger hat Positionen für eine fortschrittliche Netzpolitik erarbeitet.

netzen als heute. Aber gilt das auch für alle? Können alle vom Fortschritt profitieren?

Kunst, Wissen, Urheberrecht – Netzpolitik umfasst viele Themen

Ebenfalls thematisiert wird der Umgang mit kollektiven Wissen. Dieses sollte allen Interessierten nutzbar und zugänglich gemacht

werden. Im Bereich des künstlerischen Schaffens hat das Internet wesentlich die Art der Produktion und vor allem die Vertriebsmöglichkeiten verändert. Unverändert sind allerdings die rechtlichen Rahmenbedingungen. Ein modernes Urheberrecht muss sich darauf konzentrieren, wie Kreativität und künstlerische Tätigkeit gefördert werden können.

Der Bogen zum Thema Netzpolitik ist weit gespannt. Die sozialdemokratischen Grundwerte Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sollen durch das Positionspapier in die digitalisierte Welt getragen werden. ♦

WEBTIPP

Link zum Positionspapier:
stream.klub.spoe.at/netzpolitik/Netzwerk_Positionspapier.pdf

LEHRLINGE

Besuch im Parlament

Nationalratsabgeordnete und SPÖ-Rechnungshofsprecherin Christine Lapp empfing im Juli politikinteressierte Lehrlinge im Parlament.

SPÖ-Klub



Nationalratsabgeordnete Christine Lapp diskutierte mit den Jugendlichen im Sitzungssaal der SPÖ.

Gut ein Dutzend Verwaltungsassistentenlehrlinge aus dem Bundesdienst war im Sommer zu Besuch im Parlament. Die Lehrlinge absolvierten dort ein Seminar zu den Themen Verfassungs-, Verwaltungs- und Europarecht und diskutierten bei dieser Gelegenheit auch mit SPÖ-Rechnungshofsprecherin Christine Lapp. Die Nationalratsabgeordnete freute sich über das außergewöhnlich hohe Interesse der Jugendlichen und stellte sich gerne den zahlreichen Fragen zum parlamentarischen Geschehen. ♦

VERKEHR

ÖBB auf gutem Weg

Die ÖBB sind dank ambitioniertem Sparprogramm drauf und dran, das von Infrastrukturministerin Doris Bures vorgegebene Ziel – bis 2013 schwarze Zahlen zu schreiben – zu erreichen.

SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl betont, dass die ÖBB – trotz Sparkurs – nur mit dem Ausbau und der Modernisierung der Schieneninfrastruktur im internationalen Wettbewerb mithalten können. Weiters ist für die Erreichung der Klimaschutzziele die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene unerlässlich. „WIFO und IHS haben zudem errechnet, dass in der Bauphase durch die Schieneninfrastrukturinvestitionen 40.000 Arbeitsplätze gesichert werden, und im Betrieb entstehen durch die höhere Wirtschaftsleistung 48.000 dauerhafte Arbeitsplätze“, so Heinzl zur Bedeutung von Investitionen in die Schiene. ♦

ÖBB



Projekte für Bahnreisende und den Güterverkehr – möglich gemacht durch das Bekenntnis der Regierung zum Ausbau der Schiene.

- ☒ **Spielerschutz**
- ☒ **Verantwortung**
- ☒ **Verlässlichkeit**
- ☒ **Nachhaltigkeit**

Ein Gewinn für die Zukunft!

Corporate Social Responsibility. Vom Spielerschutz über den schonenden Umgang mit Ressourcen bis hin zur Unterstützung zahlreicher Organisationen und Projekte im Interesse der Allgemeinheit: Die Österreichischen Lotterien leben Nachhaltigkeit seit ihrer Gründung vor fast 25 Jahren. Aus Überzeugung. Für Mensch und Umwelt.



Gut für Österreich.

**österreichische
LOTTERIEN**

SPÖ FRAUEN

Equal Pay Day – SPÖ Frauen kämpfen für Lohngerechtigkeit



Der politische Herbst steht bei den SPÖ Frauen ganz im Zeichen des Kampfes für faire Löhne. Sie fordern gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, das fordern wir Frauen seit über 100 Jahren. Diese Forderung ist heute aktueller denn je.“

**Frauenministerin
Gabriele Heinisch-Hosek**

In Kürze, am 4. Oktober, findet wieder der Equal Pay Day statt. Dieser markiert jenen Tag im Jahr, ab dem Frauen im Vergleich zu Männern bis Jahresende statistisch gesehen „gratis“ arbeiten. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, das fordern wir Frauen seit über 100 Jahren. Diese Forderung ist heute aktueller denn



SPÖ-Frauenvorsitzende Gabriele Heinisch-Hosek und SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz bei der Präsentation der neuen Informationssite für fairere Löhne www.lohngerechtigkeit.at.

je“, sagt SPÖ-Frauenvorsitzende, Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Und auch SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm betont: „Frauen sind immer besser ausgebildet, aber sie erhalten immer noch nicht den ihnen zustehenden Verdienst und die ihnen zustehenden Karrierechancen“.

Frauen Mut machen

Im Vorfeld zum diesjährigen Equal Pay Day veröffentlichen die SPÖ Frauen die Homepage www.lohngerechtigkeit.at. Auf dieser Seite gibt es Tipps für Lohnverhandlungen, Diskussionsforen und Beispiele, die Mut machen sollen (mehr dazu auf Seite 15 unter der Rubrik „Net News“). „Das Ziel der diesjährigen Aktion zum Equal Pay Day ist es, Frauen Mut zu machen, über ihr Gehalt zu sprechen und selbstbewusst in Gehaltsverhandlungen zu gehen“, erklärt SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz. Sie weist darauf hin, dass Frauen seltener in Gehaltsverhandlungen treten als Männer. Für den 3. Oktober kündigte Heinisch-Hosek deshalb auch die Präsentation eines Online-Gehaltsrechners an. Rund um den Equal Pay Day sind außerdem österreichweit Verteilaktionen, Infoveranstaltungen und Betriebsbesuche geplant. ♦

SOZIALISTISCHE JUGEND

Mit dem SJ-Kalender gut organisiert ins neue Schuljahr



Pünktlich zum Schulbeginn hat die Sozialistische Jugend im ganzen Bundesgebiet 250.000 Schulkalender verteilt.

„Gleichzeitig mit den Kalenderverteilkaktionen wollen wir auch für die höchst notwendigen Reformen im Bildungssystem werben. Daher steht heuer auch die Bewerbung des Bildungsvolksbegehrens im Mittelpunkt unserer Schultouren“, betont SJ-Vorsitzender Wolfgang Moitzi. Denn für die SJ steht fest: „Mit der Auseinanderdividierung ab dem Alter von 10 Jahren, mit Nachhilfe, stillem Gehorsam, Frontalunterricht, Sitzenbleiben und der Verbreitung von Schulangst statt Lernfreude muss es nun vorbei sein.“ ♦



„Die Kalender sind als nützliches Serviceangebot für die Schülerinnen und Schüler überaus gefragt“, betont SJ-Vorsitzender Wolfgang Moitzi.

FREIHEITSKÄMPFER

SPÖ trauert um Alfred Ströer und Hugo Pepper



Die SPÖ hat zwei bedeutende Mitstreiter verloren, die sich Zeit ihres Lebens gegen Faschismus und Rassismus engagiert haben.



Freiheitskämpfer

**Prof. Alfred Ströer und Prof. Hugo Pepper:
Zwei große Sozialdemokraten, die der SPÖ für immer in Erinnerung bleiben werden.**

Prof. Alfred Ströer kämpfte in seiner Jugend gegen das nationalsozialistische Regime und engagierte sich später in der sozialdemokratischen Bewegung – vor allem im Gewerkschaftsbund. Prof. Hugo Pepper war während der NS-Zeit im militärischen Widerstand aktiv und war später viele Jahre lang im ÖGB tätig. Bis zuletzt setzten sich die ehemaligen Vorsitzenden der sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen gegen Ausgrenzung und Rassismus ein. ♦



picturedesk

Ach Euro!

Eine Währungsunion, begonnen unter den Auspizien eines nicht optimalen Währungsraumes, kann nur funktionieren, wenn die Fiskal- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer eng miteinander koordiniert und aufeinander abgestimmt wird.

„Die bisherige ‚neoliberale‘ Politik der EU muss durch eine stärker auf Wachstum und Gerechtigkeit ausgelegte Politik, unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten, abgelöst werden.“

Die Hoffnung der Euro-Hardliner, mit dem Stabilitätspakt das Auslangen zu finden, wurde bereits spätestens 2001, als Deutschland selbst als erstes den Pakt verletzte, über den Haufen geworfen. Inflationsdifferenzen plagten die Euro-Wirtschaftspolitiker lange Zeit, Produktivitätsunterschiede konnten nicht ausgeglichen werden.

Unter diesen Umständen ist die Erfolgsgeschichte des Euro erstaunlich: stabile Währung, zweitwichtigste Reservewährung, immer größere Teile des Welthandels werden in Euro abgewickelt, etc. In der Finanzkrise nahmen die Staaten zusätzlich durch Bankenrettung und Konjunkturprogramme weitere riesige Schulden auf. Natürlich ist ein Teil der Krise von den Ratingagenturen und den Finanzspekulanten verursacht und verstärkt worden. Dennoch bleibt massives Politikversagen.

Was muss geschehen:

1. Die Wirtschafts- und Fiskalpolitik der Eurozone muss gemeinsamen verpflichtenden Regeln unterworfen werden. Dazu müssen die nationalen Abläufe der Budgeterstellung zeitlich harmonisiert und –

nach „Aggregation“ der nationalen Programme auf ihre Euro-Verträglichkeit getestet und bei Unverträglichkeit zurück an die nationalen Parlamente zur Überarbeitung gesandt werden.

2. Die Euro-Verträglichkeit ergibt sich aus den von Rat und Parlament jährlich zu formulierenden wachstums- und fiskalpolitischen Leitlinien.
3. Das fiskalische und wirtschaftspolitische Gesamtprogramm der Eurozone (und implizit seiner Mitgliedsländer) ist dann vom EU-Parlament zu genehmigen.
4. Die Überwachung der Einhaltung der nationalen Programme ist von Kommission und ECOFIN (EU-Finanzministerrat) laufend durchzuführen; bei Abweichungen müssen verpflichtend Änderungen vorgenommen, bei Nichteinhaltung Sanktionen verhängt werden.
5. In ähnlicher Weise sind gemeinsame Richtlinien für Sozialprogramme, Einkommensverteilung, Wachstums- und Innovationspolitik zu erstellen und zu genehmigen.

Die reine Tatsache einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik sagt noch nichts über deren Inhalte aus. Die bisherige „neoliberale“ Politik der EU-Kommission – und der meisten EU-Länder – muss durch eine stärker auf Wachstum und Gerechtigkeit ausgelegte Politik, unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten, abgelöst werden. Nur so ist die Unterstützung der EU- und Eurozonen-Bevölkerungen zu einer weiteren notwendigen Vertiefung der EU-Politik erzielbar. Ver-



picturedesk

Wir haben dieses Jahr keine Krise des Euro erlebt, sondern eine der unzureichenden Wirtschaftspolitik der Eurozone.

trauen in die EU kann nur durch eine Politik für die Menschen, die Erhaltung und Verbesserung ihrer Lebenschancen erzielt werden. Die schlechte Alternative ist ein weiteres Abwenden der Bevölkerungen von der Politik, von Gemeinsamkeiten, von Solidarität. Die Folgen haben wir schon einmal gehabt. ♦

Dr. Kurt Bayer war langjähriger Finanzexperte des WIFO, arbeitete von 2002-04 als Exekutivdirektor der Weltbank und ist seit 2008 Board Director für Österreich, Bosnien Herzegowina, Zypern, Israel, Kasachstan und Malta in der „European Bank for Reconstruction and Development – EBRD“ in London.

Nach dem Sommer starten die Zukunftsdiskurse intensiv in die neue Saison: bereits Anfang September diskutierten Gesundheitsminister Alois Stöger auf Einladung von Stadtrat Edmund Müller in Graz über Gesundheitspolitik und Sozialminister Rudolf Hundsdoerfer über die Zukunft der Sozialpolitik im

niederösterreichischen Mödling. Weitere Termine sind in Vorbereitung und werden immer in „SPÖ Aktuell“ und auf www.oe2020.at angekündigt. Der Zukunftsdiskurs der SPÖ hat auch in Deutschland Aufmerksamkeit erregt. Auf der politischen Internet-Plattform

www.kampagnenpraxis.de wird „Österreich 2020“ als Vorzeigeprojekt geschildert: www.kampagnenpraxis.de/reports/zukunft-einfach-diskutieren/. Zum Hintergrund: [kampagnenpraxis.de](http://www.kampagnenpraxis.de) hat sich darauf spezialisiert, erfolgreiche Kampagnen aus Politik und Zivilgesellschaft darzustellen. ♦

TERMINKALENDER

Montag, 19. 9.

„15 Jahre Gewaltschutzgesetz und Gewaltschutzarbeit in Österreich“

1996 wurde im österreichischen Nationalrat das Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie verabschiedet, das mit den polizeilichen Instrumenten der Wegweisung und des Betretungsverbot sowie gerichtlichen einstweiligen Verfügungen häusliche Gewalt wirksam eindämmen hilft. Im Rahmen der Veranstaltung soll ein kurzer Überblick der letzten 15 Jahre gegeben werden. Im Zentrum der anschließenden Präsentationen und Diskussion stehen die zukünftigen Aufgaben und Herausforderungen erfolgreicher Gewaltschutzarbeit. Zur Entwicklung der Gewaltschutzgesetze sprechen unter andern Gabriele Heinisch-Hosek und Johanna Mikl-Leitner.

Beginn: 13 Uhr

Parlament,

Dr. Karl Renner-Ring 3,
1010 Wien

Mittwoch, 21. 9.

„Der Friedenskämpfer: Arafats geheimer Gesandter Issam Sartawi“

Präsentiert wird die politische Biografie des ermordeten palästinensischen Friedensaktivisten Issam Sartawi, geschrieben von Tessa Szyszkowitz und Nadia Sartawi. Das Buch handelt von einem der ersten PLO-Politiker, der in den siebziger Jahren zu einer friedlichen Lösung zwischen Israelis und Palästinensern aufrief. Sein Weg führte ihn in diesem Zusammenhang auch oft nach Wien, denn Bundeskanzler Bruno Kreisky wurde

sein engster Partner im Kampf um Frieden in Nahost. 1983 wurde Issam Sartawi von einem palästinensischen Terroristen erschossen. Die Veranstaltung findet in englischer Sprache statt.

Beginn: 19 Uhr

Bruno Kreisky Forum,
Armbrustergasse 15,
1190 Wien

Donnerstag 22. 9.



„Das Fremdenrechtspaket 2011 – Mythos und Wirklichkeit“

Die Tiroler SPÖ-Nationalratsabgeordneten Gisela Wurm und Josef Auer sowie Bundesrat Hans Schweigkofler laden zu dieser brisanten Informationsveranstaltung ein. Nach einem Impulsreferat von Peter Pointner, Klubsekretär des SPÖ-Nationalratsklubs, u. a. zuständig für innere Sicherheit, besteht die Möglichkeit, über das Thema zu diskutieren.

Beginn: 19 Uhr

Sitzungssaal der SPÖ, 4. Stock,

Salurnerstraße 2,
6020 Innsbruck

Donnerstag, 22. 9.

„Transparenter Lobbyismus. Ein Widerspruch in sich?“

Wer ist überhaupt Lobbyist? Was darf ein Lobbyist? Wie geht der Gesetzgeber mit Lob-

byismus um? Diese Fragen haben in jüngerer Vergangenheit nicht nur in Österreich an Brisanz und Aktualität gewonnen. Deshalb werden im Parlament, als Ort der Gesetzgebung und Kontrolle bekannt, die aufgeworfenen Fragen und die verschiedenen Standpunkte zum Gesetzesentwurf mit Expertinnen und Experten u. a. Hubert Sickinger, Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Wien, und Ingeborg Zerbos, Strafrechtsexpertin, diskutiert.

Anmeldung unter:

veranstaltungen02@parlament.gv.at

Beginn: 18 Uhr

Budgetsaal (Lokal VI) des Parlamentes,
Dr. Karl Renner Ring 3,
1010 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,

Chefredakteurin: Mag^a Tina Tauß,

Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,

Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,

Philipp Lindner, Mag. Peter Prantl,

Mag^a Sophia Schönecker, Michael Sifkovits,

Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber,

Bildredaktion: Emil Goldberg,

Layout: Thomas Lehmann,

Coverfoto: HBF/Wenzel

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &

Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97

Hersteller: a-Print, Klagenfurt

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

NET NEWS

www.lohngerechtigkeit.at

Equal Pay Day

Der 4. Oktober 2011 ist Equal Pay Day – der Tag im Jahr, ab dem Frauen im Vergleich zu Männern bis Jahresende „gratis“ arbeiten. Der Kampf für „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ wird jetzt auch im Internet fortgesetzt, die SPÖ Frauen sind mit www.lohngerechtigkeit.at online gegangen. Darauf finden sich etwa Beispiele von Betrieben, die Lohngerechtigkeit umsetzen, Tipps für Gehalts-

verhandlungen und Information über die rechtliche Situation hinsichtlich der Einkommenstransparenz und den Änderungen im Gleichbehandlungsgesetz. Die Plattform wird von den SPÖ Frauen gemeinsam mit dem Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband und den FSG Frauen betreut. Reinschauen und für Frauenrechte kämpfen lohnt sich: www.lohngerechtigkeit.at ◆





Hütten-Wanderung

Bundeskanzler Werner Faymann hat gemeinsam mit dem St. Pöltner Bürgermeister Matthias Stadler und Parteifreunden (u.a. die SPÖ-Abg. Anton Heinzl und Johann Hell) eine Wanderung unternommen. Dabei ging es von St. Pölten auf die Ochsenburger Hütte der Naturfreunde.



Familien-Fest

Den „Tag des Kindes“ hat Bundeskanzler Werner Faymann genutzt, um das Familienfest der Kinderfreunde in Wien Favoriten zu besuchen. „Die Kinderfreunde haben hier ein großartiges Fest auf die Beine gestellt“, hielt Faymann fest.



Bürgermeister-Fest

Zum ebenso legendären wie traditionellen Bürgermeister-Fest hat der Wiener Stadtchef Michael Häupl (im Bild mit Gastronom Berndt Querfeld) aus Anlass seines Geburtstags geladen. Mehr als 2.000 Gäste gratulierten dem Wiener Bürgermeister herzlich.



Schul-Besuch

Bildungsministerin Claudia Schmied hat vor kurzem gemeinsam mit Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl die Neue Mittelschule (NMS) Mattersburg besucht. Diese Schule gehört zu jenen Pionier-NMS, in denen mit heutigem Schuljahr bereits alle vier Jahrgänge in dieser Schulform geführt werden.